

Absender

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Landesverwaltungsamt
Referat 207
PF 20 02 56
06003 Halle/Saale

Besucheranschrift
Landesverwaltungsamt
Referat 207
Kühnauer Straße 161
06846 Dessau-Roßlau

Aktenzeichen (wird von der zuständigen Behörde vergeben)

Ort, Datum

Antrag von Hinterbliebenen auf Erteilung einer Rehabilitierungsbescheinigung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)

Vorbemerkung:

Vom BerRehaG werden arbeitsrechtliche Eingriffe in den Beruf oder eine berufsbezogene Ausbildung (z. B. Kündigung, Herabstufung, erzwungener Aufhebungsvertrag) erfasst, wenn es sich um Maßnahmen politischer Verfolgung handelt.

Bei hoheitlichen Eingriffen in den Beruf oder die Ausbildung (z. B. Entlassung bei den bewaffneten Organen, Exmatrikulation vom Studium, Entzug der Gewerbeerlaubnis) muss zunächst das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsverfahren durchlaufen werden. Liegt die berufliche Benachteiligung in einer zu Unrecht erlittenen Freiheitsentziehung, muss vor der beruflichen Rehabilitierung ein strafrechtliches Rehabilitierungs- oder Kassationsverfahren durchgeführt worden sein. Eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingsgesetzes reicht aus, wenn diese sich auf einen Gewahrsam im Beitrittsgebiet bezieht und vor dem Inkrafttreten des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (04.11.1992) beantragt worden ist oder wenn der Gewahrsam nicht Gegenstand eines Rehabilitierungsverfahrens sein kann (Internierung oder Verurteilung durch sowjetische Organe).

Nach dem Tod der/des unmittelbar von einer beruflichen Benachteiligung im Sinne des BerReaG Betroffenen kann der Rehabilitationsantrag von demjenigen gestellt werden, der ein rechtliches Interesse an der Rehabilitierung der/des unmittelbar Betroffenen hat. Ein solches Interesse ist dann gegeben, wenn für Hinterbliebene ein Anspruch auf eine höhere Witwen- oder Waisenrente in Betracht kommt.

Angaben zur Person der Antragstellerin/des Antragstellers

1. Allgemeine Angaben

Name, Vorname

Geburtsname

Geburtsdatum

Geburtsort, Kreis, Land

Wohnort oder ständiger Aufenthalt (Straße, Wohnort, Postleitzahl)

2. Verwandtschaftsverhältnis der Antragstellerin/des Antragstellers zur/zum unmittelbar Betroffenen (Verfolgte/r)

Die/Der Verstorbene war mein(e)

Ehemann/Ehefrau

Vater/Mutter

Angaben zur Person, die von der Verfolgungsmaßnahme betroffen war

3. Allgemeine Angaben

Name, Vorname		Geburtsdatum
Geburtsname		Name zur Zeit der Schädigung
Geburtsort, Kreis, Land		

4. Wann ist die/der Verfolgte verstorben?

Datum

(bitte Sterbeurkunde beifügen)

5. Geben Sie bitte den letzten Wohnsitz oder letzten ständigen Aufenthalt der/des Verfolgten an.

Straße, Wohnort, Postleitzahl

6. a) War die/der Verfolgte als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder auf vergleichbare Weise für die Staatssicherheit im Beitrittsgebiet (sowjetische Besatzungszone bzw. ehemalige DDR einschließlich Berlin (Ost)) oder das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig?

Nein

Ja (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit auf gesondertem Blatt)

b) War die/der Verfolgte in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet im Staatsapparat, in der SED oder in den Block-Parteien in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?

Nein, die/der Verfolgte hat keine derartigen Funktionen ausgeübt.

Ja

Zeitraum		staatliche Stelle/Partei in	Funktion als
vom	bis		

7. NUR ZU BEANTWORTEN, WENN DIE/DER VERFOLGTE VOR DEM 9. MAI 1927 GEBOREN IST!

a) War die/der Verfolgte während der NS-Zeit Mitarbeiter der Gestapo oder hatte sie/er Funktionen in der SS?

Nein

Ja (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit auf gesondertem Blatt)

b) War die/der Verfolgte während der NS-Zeit im Staatsapparat, in der NSDAP, der SA oder in vergleichbaren Organisationen, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet haben, in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?

Nein Ja

Zeitraum		staatliche Stelle/Partei/Organisation in	Funktion als
vom	bis		

8. Angaben zur Schul-/Berufsausbildung der/des Verfolgten

(Bitte auch in den alten Bundesländern sowie im Ausland fortgesetzte Ausbildungen angeben.)

a) allgemeine Schulbildung (z.B. POS)

vom	bis	in	Schultyp

Abschluss:

letzte besuchte Klasse

Nein

Ja

b) weiterführende Bildungseinrichtung (z.B. EOS/Berufsausbildung mit Abitur)

vom	bis	in	Bildungseinrichtung

Abschluss:

letzte besuchte Klasse

Nein

Ja

c) Hochschulreife

Nein Ja

d) Ingenieur-, andere Fachschule (auch Fernstudium)

Studienrichtung

vom	bis	in	Bildungseinrichtung

Abschluss:

Nein

Ja

Abschluss als

e) Universität/Hochschule (auch Fernstudium)

Studienrichtung

vom	bis	in	Hochschule

Abschluss:

Nein

Ja

Abschluss als

f) Berufsausbildung

vom	bis	in	Hochschule

Abschluss:

Nein

Ja

Abschluss als

(Bitte vorhandene Unterlagen über die Schul-/Berufsausbildung der/des Verfolgten, wie z. B. Zeugnisse, in Fotokopie beifügen.)

9. Angaben zum beruflichen Werdegang der/des Verfolgten

Arbeitsstellen im Beitrittsgebiet:

Bitte die Seiten über Arbeitsrechts- und Sozialversicherungsverhältnisse der/des Verfolgten aus dem Sozialversicherungsausweis vollständig (einschließlich der Angaben zur Person der/des Verfolgten) in beglaubigter Fotokopie beifügen. Falls der Sozialversicherungsausweis bei einer anderen Behörde vorliegt, dann füllen Sie bitte das Formular "Einverständniserklärung" aus.

Soweit ein Sozialversicherungsausweis nicht vorliegt (bitte begründen), sind folgende Angaben zu den Arbeitsstellen der/des Verfolgten erforderlich, die durch entsprechende Beweismittel (z. B. Arbeitsvertrag, Arbeitgeberzeugnis) zu belegen sind:

(Angaben zu weiteren Arbeitsstellen - wie nachfolgend - ggf. auf gesondertem Blatt)

Zeitraum: (vom - bis)	Name/Sitz des Arbeitgebers/Unternehmens		
Haupterwerbszweck bzw. Funktion des Betriebes (ggf. der größeren Unternehmenseinheit)			
Art der Tätigkeit (genaue Berufsstellung)			
Wöchentliche Arbeitszeit			
<input type="checkbox"/> Vollbeschäftigung	Bei stundenweiser Beschäftigung ab 1.1.1959 tatsächliche Arbeitszeit in Stunden	<input type="text"/>	vollbetriebliche Arbeitszeit pro Woche in Stunden <input type="text"/>
Erhöhter Beitragssatz zur bergbaulichen Versicherung		<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
Nur für Beschäftigte im Bereich der Schifffahrt/Seefischerei	Dienststelle/Dienstgrad		
Fahrtbereich	Art und Größe des Schiffes		

10. Art der ausgeübten Tätigkeit, Arbeitsstelle und Branche

zum Zeitpunkt des Beginns der Verfolgung

danach

zuletzt

11. Worin bestand der Eingriff in den Beruf oder das berufsbezogene Ausbildungsverhältnis der/des Verfolgten, dem diese(r) in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet aus politischen Gründen ausgesetzt war?

(Bitte vorhandene Beweismittel beifügen.)

12. Ist die berufliche Benachteiligung der/des Verfolgten auf

a) eine im Beitrittsgebiet zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung, deren Rechtsstaatswidrigkeit durch eine Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung festgestellt worden ist, zurückzuführen?

Nein Ja

b) einen im Beitrittsgebiet erlittenen Gewahrsam, der nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) in einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannt worden ist, zurückzuführen?

Nein Ja

c) eine hoheitliche Maßnahme, die nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aufgehoben oder als rechtsstaatswidrig festgestellt worden ist, zurückzuführen?

Nein Ja

Bitte Ablichtung der Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung, der Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG oder des Bescheides über die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung beifügen.

Falls eines der umstehend genannten Verfahren noch läuft:

Antrag auf Rehabilitierung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) wurde am

bei dem (Gericht)

gestellt.

Datum

Aktenzeichen

Antrag auf Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) wurde am

bei der/dem (HHG-Behörde)

gestellt.

Datum

Aktenzeichen

Antrag nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wurde am

bei der/dem (Reha-Behörde)

gestellt.

Datum

Aktenzeichen

Hinweis: Die Fragen Nr. 13 und 14 müssen Sie beantworten, wenn Frage Nr. 12 verneint wurde oder wenn über die in einer Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung oder Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannten Gewahrsamszeiten hinausgehende Verfolgungszeiten geltend gemacht werden.

13. Was sind die Gründe für die berufliche Benachteiligung, die Gegenstand dieses Antrages ist?

14. Warum hat es sich bei der Maßnahme Ihrer Ansicht nach um politische Verfolgung gehandelt?

15. Wie hat sich die Benachteiligung für die/den Verfolgte(n) ausgewirkt?
(z. B. Arbeitslosigkeit, Minderverdienst, sonstige Nachteile)
(Bitte - soweit wie möglich - entsprechende Beweismittel beifügen.)

16. Wie lange dauerte die berufliche Benachteiligung an?

vom	bis	Art des Nachteils

Angaben zur Person der Antragstellerin/des Antragstellers

Hinweis: Die Beantwortung der Fragen Nr. 18 bis 25 ist nur für Zeiträume erforderlich, für die eine politische Verfolgung geltend gemacht wird.

17. Versicherungsnummer der Rentenversicherung

18. Hat die/der Verfolgte während der Zeit der Verfolgung einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem angehört?

Nein

Ja

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem

(z. B. Zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz, Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter des Staatsapparates, Sonderversorgung der Angehörigen der Nationalen Volksarmee, Sonderversorgung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzuges)

19. Ist die/der Verfolgte wegen der Verfolgung aus einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem ausgeschieden?

Nein

Ja

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem

20. War die/der Verfolgte zu Beginn der Verfolgung

bergbaulich versichert?

 Nein Ja

in Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens beschäftigt?

 Nein Ja

als

bei der Deutschen Post beschäftigt?

 Nein Ja

als

bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigt?

 Nein Ja

als

in Einrichtungen nach der Anordnung über die Berechnung von Renten der Sozialversicherung für bestimmte Gruppen von Werkträgern vom 12. April 1976 beschäftigt?

 Nein Ja

als

Bitte - soweit vorhanden - eine Bescheinigung der entsprechenden Einrichtung oder der Nachfolgeeinrichtung über Art und Dauer der Tätigkeit vorlegen.

21. Wurde ihre/seine Berufsausbildung durch eine Verfolgungsmaßnahme abgebrochen oder unterbrochen? Nein Ja

Um welche Ausbildung handelt es sich?

Genauere Bezeichnung des Berufsziels

Nennen Sie den genauen Zeitraum
der Unterbrechung

vom

bis

22. Wurde die/der Verfolgte durch eine Verfolgungsmaßnahme nach erfolgter Zulassung an der Durchführung, Fortsetzung oder am Abschluss eines Studiums gehindert? Nein Ja

Datum der Zulassung

Genauere Bezeichnung des Studiums

Wie lange dauerte das Studium laut Studienplan?

Genauere Bezeichnung des Berufsziels

Im Falle der Unterbrechung:
Nennen Sie den genauen Zeitraum
der Unterbrechung

vom

bis

23. War die/der Verfolgte aufgrund einer Verfolgungsmaßnahme gehindert, ihren/seinen erlernten Beruf auszuüben? Nein Ja

Wo wollte sie/er damals tätig sein? (Bitte Bewerbungsschreiben oder ähnliches beifügen.)

24. Wurde auch bereits ihre/seine Schulausbildung durch die Verfolgungsmaßnahme unterbrochen?

Nein Ja

Um welche Schulausbildung handelte es sich?

Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung

vom

bis

25. Ist wegen der beruflichen Benachteiligung, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits früher ein Antrag gestellt worden?

(Gegebenenfalls Antragsdurchschriften, Bescheid(e), Beleg(e) beifügen.)

Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet.

Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt.

Antrag vom

bei (Bitte Behörde angeben.)

ein Anspruch wurde abgelehnt durch Entscheidung

des/der

vom

26. Legen Sie bitte für die im Antrag gemachten Angaben schriftliche Beweismittel vor. Sollten Sie keine schriftlichen Beweismittel haben, nennen Sie bitte Anschriften oder fügen Sie schriftliche Erklärungen von Zeugen bei, die Ihre Angaben bestätigen können.

(zu Frage Nr.) Name, Vorname und Anschrift des Zeugen

Die im Antrag erhobenen Angaben sind für das Verfahren nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz erforderlich.

Ort, Datum

Unterschrift